Dauerbeschallung in Überzahl

Finanzlobby-Analyse 2026

Wie die Finanzlobby Umwelt- und Verbraucherschutz bekämpft

Pia Eberhardt

INHALT

1. Einleitung 3

2. Die Lobbypower der Finanzbranche 4

3. Wie die Finanzlobby Gesetze beeinflusst 14

3.1. Restschuldversicherung: Profit vor Verbraucherschutz 16

3.2. EU-Omnibus: Angriff auf die Lieferkettenrichtlinie 22

3.3. Private Equity und der Ausverkauf der Steuerberatung 27

4. Fazit: Mehr Lobbytransparenz wagen 33

5. Anhang: Zum Umgang mit den Daten im Lobbyregister 35

1. EINLEITUNG

Seit vier Jahren gibt es in Deutschland das Lobbyregister. Mehr als 6.200 Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen und viele andere haben sich dort eingetragen, weil sie gegenüber Bundestag und Bundesregierung Lobbyarbeit betreiben.[1] Wieviel Geld sie dafür ausgeben, wie viele Lobbyist*innen sie beschäftigen, bei welchen Gesetzen sie mitmischen und welche Argumente sie dabei nutzen – all das ist im Lobbyregister einsehbar.

Die massiven finanziellen und personellen Ressourcen der Finanzlobby machen sie zu einem mächtigen Player gegenüber der Politik. Auch beim Verhältnis zwischen Finanzlobby und Zivilgesellschaft zeigen die Daten im Lobbyregister ein krasses Missverhältnis. Zum Beispiel in der Debatte um die Restschuldversicherungen: Da standen 3 zivilgesellschaftliche Organisationen, die den bestehenden Verbraucherschutz bei den Policen erhalten wollten, 25 Banken, Versicherer und Co. gegenüber, die ihn abschaffen wollten (siehe Kapitel 3.1.).

Allerdings bedeuten hunderte Lobbyist*innen und viele Forderungskataloge nicht automatisch, dass die Lobbyträume der Finanzbranche Wirklichkeit werden. So haben Bundestag und Bundesregierung den Verbraucherschutz bei der Restschuldversicherung trotz der Lobbyoffensive der Finanzbranche noch nicht aufgeweicht. Bei der EU-Lieferkettenrichtlinie dagegen wurden bestehende Schutzstandards für Mensch und Umwelt dramatisch demontiert (siehe Kapitel 3.2.). Ein Beispiel für den gefährlichen Einfluss der Finanzlobby.

Was Sie sonst noch in dieser Analyse erfahren? Zum Beispiel, welche Finanzlobbyist*innen 2025 neu im Lobbyregister aufgetaucht sind, wer die Lobbyausgaben am stärksten erhöht hat und wer 2025 aus der Politik in die Finanzlobby gewechselt ist. Außerdem wird es darum gehen, warum es trotz Lobbyregister dringend noch mehr Transparenz beim Lobbyismus braucht und wie das aussehen könnte. Viel Spaß beim Lesen.

---

[1] Deutscher Bundestag, *Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/startseite

2. DIE LOBBYPOWER DER FINANZBRANCHE

Die Finanzlobby gehört im Lobbyregister zu den am stärksten aufgestellten Branchen. So steht der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) seit Einführung des Registers vor vier Jahren unangefochten auf Platz eins. Niemand gibt über alle Branchen hinweg mehr Geld für die Beeinflussung der Politik aus als die Dachorganisation der Versicherer. Über 15 Millionen Euro sind es – jedes Jahr. Zum Vergleich: Das Lobbybudget des berüchtigten Verbands der Automobilindustrie ist mit 9,9 Millionen Euro ganze 35 Prozent kleiner, das des Verbands der Chemischen Industrie 40 Prozent (rund 9,2 Millionen Euro).[2]

„Ein Bundestagsabgeordneter erklärte mir einmal, dass er früher bei seiner Arbeit im Verteidigungsausschuss von der Lobby der Rüstungsindustrie beeindruckt war. Nachdem er aber die Arbeit des GDV kennenlernte, weiß er, dass die Waffenlobby doch noch so einiges zu lernen hat."

Axel Kleinlein, Versicherungsmathematiker, Ex-Vorstandssprecher Bund der Versicherten[3]

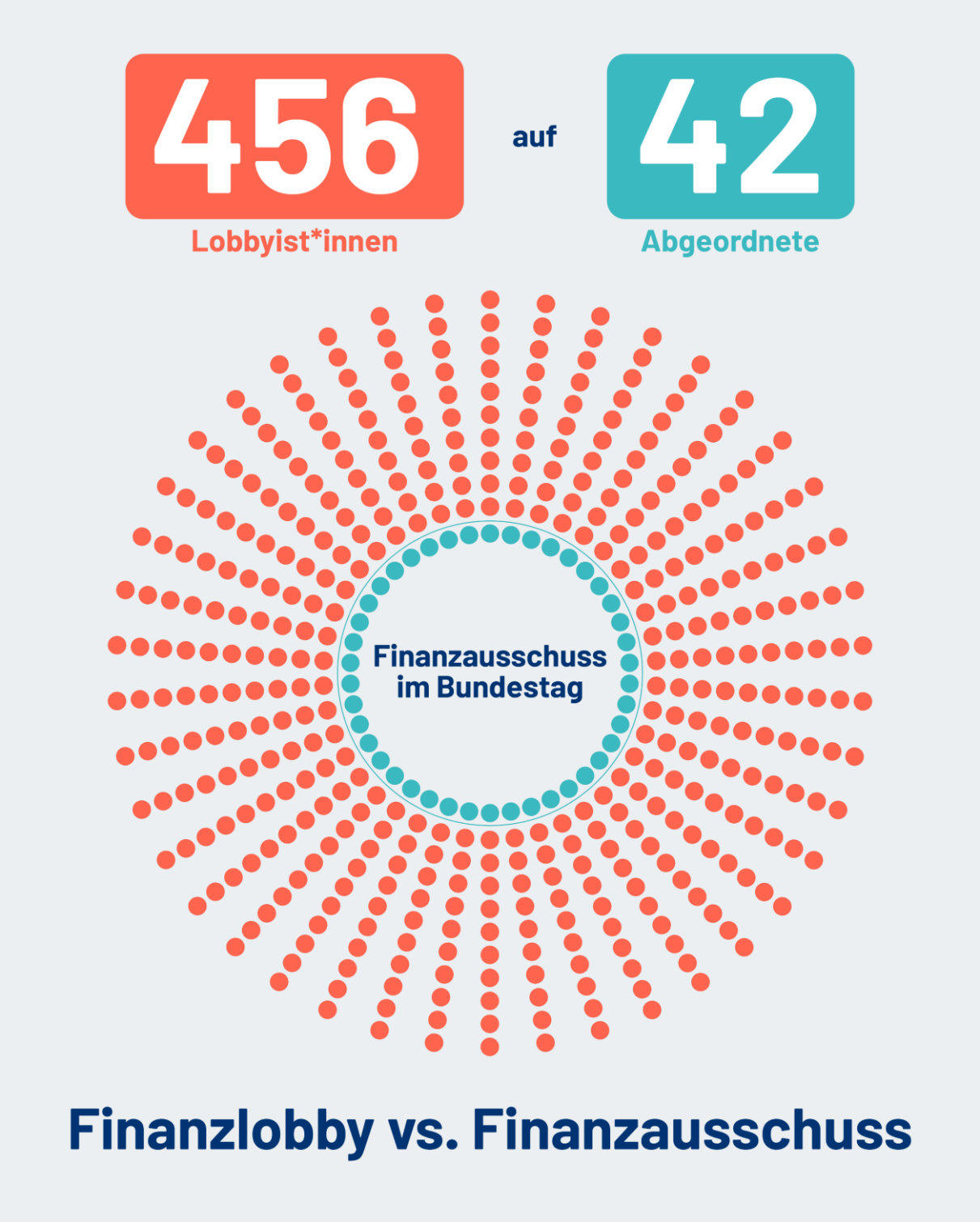
Die massiven finanziellen und personellen Ressourcen der Finanzlobby führen auch zu einem Machtungleichgewicht mit der Politik. Allein die Top-10-Konzerne und -Verbände der Banken, Versicherungs- und Fondsbranche (siehe nächste Seite) nennen im Register eine ganze Schar von 456 Lobbyist*innen namentlich. Das sind 10 Finanzlobbyist*innen für jedes Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags.

---

2 Das zeigt die Suchfunktion, wenn die aktiven Interessenvertreter*innen nach „Höhe der finanziellen Aufwendungen (absteigend)" sortiert werden, zuletzt durchgeführt am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister

3 Zitiert nach: Axel Kleinlein, 17.04.2013, *Die Paranoia der Lobbyisten*, Handelsblatt. Text nicht mehr online verfügbar.

Finanzlobby in der Überzahl



Auf jedes der 42 Mitglieder im Finanzausschuss des Bundestags kommen 10 Finanzlobbyist*innen – und zwar allein von den Top-10 Konzernen und Verbänden der Finanzbranche im Lobbyregister.

Die Top 10 der Finanzlobby[4]

		Lobbyausgaben	Lobbyist*innen	Gesetze und andere Regelungsvorhaben, die verfolgt werden
1	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)	15.290.000 Euro	94	94
2	Bundesverband deutscher Banken (BdB)	5.060.000 Euro	79	83
3	Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)	3.070.000 Euro	64	74
4	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)	2.840.000 Euro	69	77
5	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)	2.560.000 Euro	50	97
6	Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)	2.540.000 Euro	20	29
7	Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV)	1.940.000 Euro	40	43
8	Deutsche Bank	1.830.000 Euro	21	14
9	Commerzbank	1.790.000 Euro	13	19
10	R+V Versicherung	1.610.000 Euro	6	5
	Zum Vergleich:			
	Bürgerbewegung Finanzwende	130.000 Euro	22	7

[4] Alle hier erwähnten Einträge lassen sich über die Suchfunktion des Lobbyregisters leicht finden, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister. Siehe auch den Anhang zum Umgang mit den Daten im Lobbyregister.

Heimliche Nummer drei der Finanzlobby: Allianz Versicherungskonzern

Auch jenseits der Spitzenplätze im Register versteckt sich übrigens bisweilen gewaltige Lobbymacht. Ein Beispiel: die Allianz. Der Versicherungskonzern registriert – regelkonform – Mutter- und Tochtergesellschaften getrennt und kommt auf ganze neun Einträge im Lobbyregister: Allianz Versicherungs-AG (Lobbybudget: 1.090.000 Euro), Allianz SE (970.000 Euro), Allianz Lebensversicherungs-AG (740.000 Euro), Allianz Private Krankenversicherungs-AG (290.000 Euro), Allianz Global Investors (120.000 Euro), Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG (90.000 Euro), Allianz Agrar-AG (10.000 Euro), Allianz Capital Partners (5.000 Euro, Mittelwert) und Allianz Deutschland AG (5.000 Euro, Mittelwert).[5] Macht zusammen ein Lobbybudget von 3,32 Millionen Euro. In der Tabelle der Top 10 der Finanzlobby steht die Allianz also eigentlich auf Platz drei.

Kleine Lobbyausgaben, große Parteispenden

Ein anderes Phänomen, das rund um die Bundestagswahl Anfang 2025 gut zu beobachten war: Finanzunternehmen und -unternehmer*innen, die viel Geld an die politischen Parteien spenden, aber im Lobbyregister nicht zu finden sind – oder nur mit kleinen Lobbybudgets.

[5] Ebd.

Ein Beispiel ist der Milliardär und Finanzinvestor Carsten Maschmeyer, der 2025 insgesamt 450.000 Euro an die Parteien spendete[6] und nicht im Register eingetragen ist. Oder die österreichische Handelsplattform für Kryptowährungen Bitpanda: Das Unternehmen ist im Januar 2025 neu im Lobbyregister aufgetaucht (siehe nächste Seite), allerdings mit winzigen Lobbyausgaben von 1 bis 10.000 Euro für das Vorjahr. Wer käme da auf die Idee, dass Bitpanda 2025 zu den größten Parteispender*innen in Deutschland gehörte – mit insgesamt 1,75 Millionen Euro an SPD, CDU, FDP und CSU? Solch ein Spendensegen kann den Anliegen des Neobrokers besonderes Gewicht verleihen und Türen in die Politik öffnen.

[6] Parteispenden ab 35.000 Euro müssen direkt an den Bundestag gemeldet und zeitnah veröffentlicht werden. Sie lassen sich per Kalenderjahr einsehen: Deutscher Bundestag, *Parteispenden über 35.000 € - Jahr 2025*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2025/2025-inhalt-1032412

Ein- und Aufstiege der Finanzlobby im Jahr 2025[7]

- 2025 trugen sich diverse Finanzlobbyist*innen erstmals in das Lobbyregister ein, darunter der Versicherer **HDI**, die Vermögensverwalter **Vanguard** und **Allianz Global Investors**, die Neo-Broker **Bitpanda** und **Smartbroker**, die Private-Equity-Riesen **Blackstone** und **EQT**, die Digitalbank **Revolut**, der frisch gegründete **Bitcoin Bundesverband**, der europäische Verband **Payments Europe** (Mitglieder sind Unternehmen wie Mastercard, Visa und die Deutsche Kreditbank) sowie der Lobbyverband der globalen Vermögensverwaltungs- und Fondsindustrie, das **Investment Company Institute** mit Sitz in Washington.
- Auch neu im Register: die umstrittene PR- und Lobbyagentur **WMP Eurocom**, die jahrelang für den heute bankrotten Betrugskonzern Wirecard arbeitete und dabei gegen kritische Journalist*innen vorging.[8] Die Agentur verrät aber noch nicht, für wen sie heute lobbyiert.
- Stark gestiegen sind die Lobbyausgaben beim **Verband der Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR** (+640.000 Euro = +29 Prozent), bei der Fondstochter der Deutschen Bank **DWS** (+210.000 Euro = +48 Prozent) sowie bei den Zahlungsdienstleistern **Mastercard** (+160.000 Euro = +47 Prozent) und **Visa** (+130.000 Euro = 25 Prozent). Gegenüber Finanzwende wurde das begründet mit allgemeinen Preissteigerungen, aber auch mit Lobbyaktivitäten wie - im Fall von Mastercard - der Teilnahme an Parteitagen.
- Mehrere Register-Neulinge nutzten 2025 die Dienste von professionellen Lobbyagenturen. So lobbyierte die Agentur Flint für **Vanguard** (unter anderem zur Frühstart-Rente für Kinder), FTI Consulting für **HDI** (unter anderem zur kontroversen Restschuldversicherung, siehe Kapitel 3.1) und die Digitalbank **Revolut** engagierte gleich zwei Lobbyagenturen: APCO sowie Tietmeyer, Wolgast & Partner (zur Geldwäschevideoidentifizierungsverordnung, die zweite Agentur allerdings nur bis November 2025). Andere Lobby-Aufträge wie der der **Bank of America** an FTI Consulting (Volumen 2024: 100.000 bis 150.000 Euro, für Politik- und Stakeholder-Analyse) liefen 2025 weiter.

---

7 Alle hier erwähnten Einträge im Lobbyregister lassen sich über die Suchfunktion leicht finden, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister. Für jeden Eintrag können historische Versionen abgerufen werden.

8 Hans-Martin Tillack, 29.01.2025, *PR-Agentur bot Wirecard an, Journalisten auf eine "schwarze Liste" zu setzen*, Der Stern, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.stern.de/politik/deutschland/agentur-wmp-wollte-fuer-wirecard-schwarze-liste-von-journalisten-schreiben-30355742.html

Dauerberieselung

Wer über so viele Ressourcen verfügt wie die Finanzlobby, kann Dutzende politische Prozesse gleichzeitig begleiten. So gab der Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB) Anfang Dezember 2025 an, sage und schreibe 97 Regelungsvorhaben[9] zu verfolgen und die entsprechenden Gesetzesprozesse, Rechtsverordnungen und EU-Richtlinien zu begleiten. 171 Stellungnahmen hat der VÖB dazu an Bundestagsabgeordnete und Ministerien verschickt – zu Themen von A wie Antidiskriminierungsrichtlinie bis Z wie Zahlungsdiensterecht der EU.[10] Ein ehemaliger Bundestags-Mitarbeiter spricht von „Dauerberieselung" durch die Finanzlobby.[11]

Finanzlobby vs. Zivilgesellschaft

Klar, dass zivilgesellschaftliche Organisationen mit weniger Ressourcen einen solchen Aufwand nicht betreiben können. So konnte Finanzwende 2025 nur sieben Regelungsvorhaben gegenüber Bundestag und Bundesregierung verfolgen - ein Vierzehntel (1/14) von denen des VÖB. Hier zeigt sich die wichtige Rolle von Ressourcen für den Einfluss von Lobbygruppen.

Dazu schreibt der Politikwissenschaftler Thomas von Winter: „Zweifellos haben Interessengruppen mit guter Ressourcenausstattung erheblich bessere Chancen, Monitoring zu betreiben, Lobby-Aktivitäten zu entfalten und sich Zugangswege zu den politischen Entscheidungsträgern und zu den Medien zu verschaffen, als Interessengruppen mit weniger guter Ressourcenausstattung." Dabei betont von Winter auch, dass Ressourcen allein nicht automatisch zum Lobbyerfolg führen und es immer wieder Fälle gab, „in denen ressourcenstarke Akteure zum Teil spektakuläre politische Niederlagen erlitten haben."[12]

---

9 Regelungsvorhaben sind „konkrete Vorschläge oder Forderungen zur Änderung, Abschaffung oder Beibehaltung bestehender rechtlicher Regelungen oder zur (Nicht-)Einführung neuer rechtlicher Regelungen" auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, auf die sich der Lobbyismus gegenüber Bundestag und Bundesregierung bezieht. Siehe: Deutscher Bundestag, *Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung. Häufig gestellte Fragen (FAQ)*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundestag.de/parlament/lobbyregister/haeufig-gestellte-fragen-faq--863572#Regelungsvorhaben. In der Praxis werden Regelungsvorhaben unterschiedlich angegeben – von vage bis detailliert. Zudem finden sich im Register einerseits Einträge, bei denen mehrere Regelungsvorhaben getrennt angegeben werden, obwohl sie sich auf das gleiche Gesetz beziehen, sowie andererseits Einträge, bei denen solche „kleinteiligeren" Vorhaben eher zu einem größeren zusammengefasst werden.

10 Die Gesamtzahl der Regelungsvorhaben, zu denen aktuell Interessenvertretung ausgeübt wird, sowie die Zahl der dazugehörigen Stellungnahmen ist am Schnellsten über die Suchfunktion des Lobbyregisters zu finden, in diesem Fall mit der Suche nach Bundesverband Öffentlicher Banken, zuletzt durchgeführt am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister.

11 Interview mit einem früheren Mitarbeiter im Bundestag, 23. September 2024.

12 Thomas von Winter, 2024, *Lobbyismus in der deutschen Politik*, S. 237.

Das Kräfteungleichgewicht zwischen Finanzlobby und Zivilgesellschaft zeigt sich deutlich bei konkreten Lobbyauseinandersetzungen wie der Debatte um den Verbraucherschutz bei Restschuldversicherungen. Da kamen laut Register auf jeden Vorschlag von Verbraucherschützer*innen sechs von Banken, Versicherern und Co, die den Verbraucherschutz schleifen wollten (siehe Kapitel 3.1).[13]

„Gesellschaftliche Anliegen, denen eine finanzstarke Lobby fehlt, drohen dadurch unter die Räder zu geraten. Das wäre zum Nachteil für die gesamte Gesellschaft – und würde auch das Vertrauen in demokratische Entscheidungen weiter schwächen."

Christina Deckwirth von Lobbycontrol zur Übermacht der Wirtschaftslobby[14]

Aus der Politik auf die Payroll der Finanzbranche

Das Kräfteungleichgewicht zwischen Finanzlobby und Zivilgesellschaft wird noch durch zwei weitere Faktoren verstärkt: Aufträge an professionelle Lobbyagenturen, die zusätzlich zu den In-House-Lobbyist*innen der Finanzbranche für sie lobbyieren und durch Seitenwechsel von der Politik in die Finanzlobby. Seitenwechsler*innen sind für die Finanzlobby Gold wert: Sie haben Insider-Wissen über die Abläufe in Ministerien, Aufsichtsbehörden, Parteien und den Bundestag – und sie kennen die richtigen Leute.

Die Plattform Abgeordnetenwatch kritisiert die „Karrieresprünge" von der Politik in die Lobby als „Teil eines undurchsichtigen und gefährlichen Systems". Denn: „Sie verschärfen das Ungleichgewicht zwischen Lobbygruppen mit viel Geld und fragwürdiger Personalpolitik und jenen Interessenvertretungen, die nicht die gleichen Möglichkeiten haben oder die dieses Spiel gar nicht mitspielen wollen", so Abgeordnetenwatch.[15]

---

13 Im Lobbyregister lassen sich 20 eigenständige Stellungnahmen finden, in denen sich Banken, Versicherer und Co. gegen die verbraucherfreundliche Wartefrist bei der Restschuldversicherung aussprechen. Sie wurden teilweise mehrfach und von verschiedenen Akteur*innen an Bundestag und Bundesregierung verschickt. Dagegen finden sich im Register nur drei Stellungnahmen für den Erhalt der Wartefrist: zwei vom Bundesverband der Verbraucherzentralen und eine von der Bürgerbewegung Finanzwende.

14 Christina Deckwirth, 19.03.2025, *7 zu 81: Übermacht der Wirtschaftslobby*, Lobbycontrol, zuletzt aufgerufen am 01.12.205. https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/7-zu-81-uebermacht-der-wirtschaftslobby-120045/

15 Till Rose, 30.10.2025, *Wie Politik als Sprungbrett für die Lobby-Karriere genutzt wird*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/wie-politik-als-sprungbrett-fuer-die-lobby-karriere-genutzt-wird

Immerhin: Im Lobbyregister müssen die namentlich genannten Lobbyist*innen angeben, ob sie aktuell oder in den letzten fünf Jahren im Bundestag, der Regierung oder der Bundesverwaltung tätig waren beziehungsweise sind. Auch weniger bekannte ehemalige Politiker*innen, Beamte und Mitarbeiter*innen von Abgeordneten sind so gut als Seitenwechsler*innen zu erkennen (siehe nächste Seite für Beispiele aus dem Jahr 2025). Ein großer Transparenzgewinn.

Wechsel aus der Politik in die Zivilgesellschaft gibt es übrigens auch: Mitte Dezember 2025 verkündete zum Beispiel Kevin Kühnert, ehemaliger SPD-Generalsekretär und -Bundestagsabgeordneter, dass er künftig den Bereich Steuern, Verteilung, Lobbyismus bei der Bürgerbewegung Finanzwende leitet.

Beispiele für Seitenwechsel zwischen Finanzlobby und Politik im Jahr 2025[16]

- Manuel Emmler, seit Oktober Leiter der Abteilung Altersvorsorge und Rentenpolitik beim **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)**, arbeitete vorher 17 Jahre lang in unterschiedlichen Funktionen für die Grünen im Bundestag. Zuletzt leitete er das Büro von Ex-Verdi-Chef Frank Bsirske, der bis Februar 2025 für die Grünen im Parlament saß.[17]
- Nach drei Jahren als Mitarbeiter der FDP-Bundestagsabgeordneten Anja Schulz, die im Finanzausschuss saß, wechselte Oliver Psyk im Juni 2025 zurück zum **Verband Öffentlicher Banken (VÖB)**. Da war er auch schon bevor er 2022 im Bundestagsbüro von Schulz anheuerte.[18] Psyk ist also schon zweimal durch die Drehtür gegangen.
- Niklas Flagner wechselte im April 2025 vom Bundestag (zuletzt als Referent der Grünen-Abgeordneten Christina-Johanne Schröder[19]) zur **Lobbyagentur Flint**. Dort lobbyiert er für den zweitgrößten Vermögensverwalter der Welt, **Vanguard**, zur geplanten Frühstart-Rente für Kinder und zur Reform der Riester-Rente.
- Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Grund „unterstützt" heute die **Lobbyagentur Eutop**, und zwar „insbesondere" bei der Arbeit für den tschechischen **Finanzkonzern PPF**. Recherchen von abgeordnetenwatch zeigen, dass Grund PPF schon vorher kannte: Im Dezember 2024 teilte er als Noch-Abgeordneter ein Foto mit einem PPF-Lobbyisten und schrieb, es sei ein "spannender Termin" gewesen.[20]
- Mittlerweile nicht mehr im Register zu finden ist Till Kaesbach (CDU). Er war bis Juli 2025 Cheflobbyist bei der **Aareal Bank**, wechselte dann aber nahtlos als Staatssekretär ins hessische Finanzministerium. Auch für ihn war es nicht der erste Seitenwechsel: Vor seiner Zeit bei der Aareal war Kaesbach zehn Jahre in verschiedenen Rollen bei der Europäischen Kommission, im Bundesfinanz- sowie im Gesundheitsministerium.[21]
- Ebenfalls nicht im Lobbyregister zu finden: der ehemalige Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Im Oktober 2025 wurde sein Wechsel zum Beratungsunternehmen **Teneo** bekannt, das unter anderem für den Neobroker **Trade Republic** und die italienische Großbank **UniCredit** lobbyiert. Die Bundesregierung hat Lindner verboten, Tätigkeiten zu übernehmen, die in direktem Zusammenhang mit seiner Ex-Ministerrolle stehen. Der Wechsel wurde scharf kritisiert.[22]

---

16 Im Lobbyregister sind „betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben" in den jeweiligen Einträgen hervorgehoben, wenn sie in den letzten fünf Jahren die Seiten gewechselt haben. Für die Details braucht es dann weitere Recherchen. Über die Suchfunktion des Registers kann auch direkt nach Einträgen mit Seitenwechsler*innen gesucht werden.

3. WIE DIE FINANZLOBBY GESETZE BEEINFLUSST

Wer sich im Lobbyregister einträgt, muss konkrete Gesetze und Prozesse nennen, die er*sie beeinflussen will. Zudem müssen Stellungnahmen an die Politik hochgeladen werden. Wer also wissen möchte, wozu die Sparkassen lobbyieren oder was sich der weltgrößte Vermögensverwalter, BlackRock, für die Reform der betrieblichen Altersvorsorge wünscht, wird im Register fündig.

Viele der dort hochgeladenen Papiere sind zwar auch andernorts öffentlich – auf den Webseiten von Verbänden oder, im Falle von Stellungnahmen zu offiziellen Anhörungen, bei zuständigen Ministerien oder im Bundestag. Aber im Lobbyregister ist alles an zentraler Stelle gesammelt. Und manches findet sich tatsächlich auch nur dort. Ein großer Transparenzgewinn.

---

17 Linkedin Profil von Manuel Emmler, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.linkedin.com/in/manuel-emmler-6b62397a/?originalSubdomain=de

18 Linkedin Profil von Oliver Psyk, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.linkedin.com/in/oliverpsyk/

19 Linkedin Profil von Niklas Flagner, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.linkedin.com/in/flagner/?originalSubdomain=de

20 Lisa Wölfl, 30.07.2025, *Das sind die Abgeordneten, die vom Bundestag in den Lobbyismus wechselten*, abgeordnetenwatch, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/das-sind-die-abgeordneten-die-vom-bundestag-in-den-lobbyismus-wechselten

21 Linkedin Profil von Till Kaesbach, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.linkedin.com/in/till-kaesbach-1b87a3230/?originalSubdomain=de

22 Siehe zum Beispiel: Daniel Friedrich Sturm, 26.10.2025, *Kritik am Ex-Finanzminister: „Lobby-Job für Lindner stärkt Rechtspopulisten"*, Tagesspiegel, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.tagesspiegel.de/politik/kritik-an-ex-finanzminister-lobby-job-fur-lindner-starkt-rechtspopulisten-14657984.html

Diese Finanzlobbyist*innen haben 2025 bei den meisten Gesetzen mitgemischt

aba – Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge	100
VÖB – Verband Öffentlicher Banken	97
GDV – Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft	94
BdB – Bundesverband deutscher Banken	83
BVR - Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken	77
DSGV - Deutscher Sparkassen- und Giroverband	74
VdP – Verband deutscher Pfandbriefbanken	71
DK - Deutsche Kreditwirtschaft	63
PKV - Verband der Privaten Krankenversicherung	43
AFME - Association for Financial Markets in Europe	40
Zum Vergleich:	
Bürgerbewegung Finanzwende	7

Finanzwende hat sich die Datenfundgrube vorgeknöpft und an drei Themen exemplarisch analysiert, wie die Finanzlobby 2025 vorgegangen ist.

3.1. Restschuldversicherung: Profit vor Verbraucherschutz

Immer mehr Menschen nutzen Kredite, um ein neues Auto, Handy oder eine Küche zu finanzieren. Wer so einen Verbraucherkredit aufnimmt oder bei hohem Dispo umschuldet, bekam vor dem Jahr 2025 häufig gleich eine Restschuldversicherung mitverkauft. Sie soll einspringen, wenn Kreditraten im Falle von Tod, Krankheit oder Jobverlust nicht mehr bedient werden können. Allerdings: Die Versicherungen sind oft überflüssig, teuer, und dank vieler Ausnahmen zahlen die Versicherer im Schadensfall nur selten. Die „besondere Verbraucherschädlichkeit"[23] der Restschuldversicherung steht deshalb seit Jahren in der Kritik.[24] Gerade Menschen mit kleinen Einkommen leiden unter den hohen Kosten, die sie in die Schuldenfalle führen können.

„In Wirklichkeit ist die Restschuldversicherung Beutelschneiderei von Banken und Versicherungen zulasten ihrer Kreditkunden... Die Kosten für einen Ratenkredit erhöhen sich dadurch aktuell deutlich, früher haben sie sich oft verdoppelt."

Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur des Ratgebers Finanztip[25]

Zum Schutz vor übereilten und überteuerten Abschlüssen einer Restschuldpolice gilt seit 2025 eine gesetzliche Wartefrist. Demnach muss zwischen dem Abschluss eines Kredits und der zusätzlichen Versicherung eine Woche verstreichen. „Verbraucherinnen und Verbraucher bekommen nun genügend Zeit zu prüfen, ob der Abschluss einer Restschuldversicherung für sie sinnvoll ist", so die damalige Bundesministerin für Umwelt- und Verbraucherschutz, Steffi Lemke (Grüne) bei Einführung der Regel. Die Menschen könnten so „auch Vergleichsangebote einholen und Alternativen prüfen, um Geld zu sparen", sagte Lemke.[26] Durch die einwöchige Frist wird insbesondere der Eindruck vermieden, ohne Versicherung gäbe es das Darlehen gar nicht.

---

23 Verbraucherzentrale Bundesverband, 12.09.2025, *Den Vertrieb von Restschuldversicherungen besser beaufsichtigen*, S. 3, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/43/9a/623900/Stellungnahme-Gutachten-SG2509260087.pdf

24 Eine gute Übersicht zur Kritik gibt: Verbraucherzentrale Bundesverband, *Restschuldversicherungen sind teuer und leisten nur wenig*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/restschuldversicherungen-sind-teuer-und-leisten-nur-wenig-32448

25 Hermann-Josef Tenhagen, 25.11.2023, *Das Ende der Restschuldversicherung*, Spiegel, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/das-ende-der-restschuldversicherung-was-das-fuer-sie-bedeutet-a-6342049c-3c94-468e-9dd4-82ee96d87d37

26 BMUV, 21.01.2025, *Neue Regelungen zu Restschuldversicherungen*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.soziale-schuldnerberatung-hamburg.de/2025/bmuv-neue-regelungen-zu-restschuldversicherungen/

Allianz von Auto- und Finanzlobby

Der Finanzbranche ist die siebentägige Wartefrist ein Dorn im Auge. Für Banken und Versicherer war die Restschuldversicherung eine Goldgrube.[27] Sie befürchten, dass ihnen Milliarden flöten gehen, wenn sie den Menschen das Produkt nicht mehr direkt beim Kreditabschluss mit unterjubeln können und wollen die Wartefrist daher kippen.

Das Lobbyregister zeigt, wer Teil dieser Lobbyoffensive ist. Das sind an erster Stelle die Versicherer. Sie verdienen gut an Restschuldpolicen, weil sie teuer sind[28] und es kaum zu Schadensfällen kommt,[29] die Beiträge der Versicherten also fast komplett als Gewinn verbucht werden. Daneben lobbyieren die Banken, die gleich doppelt profitieren, wenn sie bei der Kreditvergabe eine Restschuldversicherung mit verkaufen: durch die Provision, die sie dafür vom Versicherer kassieren[30], und oft dadurch, dass der Kredit insgesamt teurer wird und sie mehr Zinsen bekommen.[31] Last but not least macht auch die Autobranche gegen die Wartefrist mobil. Für Autohäuser und Autobanken – letztere gehören den Autoherstellern und finanzieren den Kauf ihrer Fahrzeuge – ist der Verkauf von Restschuldversicherungen dank der Provisionen nämlich ein profitables Zusatzgeschäft.[32]

---

27 Das Prämienvolumen der Restschuldversicherung wurde 2023 auf 4 Milliarden Euro geschätzt, wovon wiederum geschätzte 750 Millionen Euro bei den Banken landeten. Siehe: Christian Kirchner, 11.12.2023, *Das große FAQ zum drohenden Aus für die Restschuld-Versicherung*, Finanzszene, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://finanz-szene.de/banking/das-grosse-faq-zum-drohenden-aus-fuer-die-restschuld-versicherung/

28 Die Verbraucherzentralen machen regelmäßig Fälle publik, in denen der Preis für die Versicherung in keinem angemessenen Verhältnis zum abgesicherten Kredit steht. Bei der Santander Bank wird beispielsweise für einen Kredit von 18.000 Euro für 8 Jahre eine Versicherungsprämie von über 5.000 Euro verlangt – das sind 29 Prozent der Kreditsumme. Siehe: Verbraucherzentrale Bundesverband, *Restschuldversicherungen sind teuer und leisten nur wenig*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/restschuldversicherungen-sind-teuer-und-leisten-nur-wenig-32448

29 Laut BaFin liegen die Versicherungsfälle bei den meisten Versicherern bei unter 3 Prozent. Siehe: BaFin, 29.12.2023, *Restschuldversicherung Marktuntersuchung und Mystery Shopping bei Kreditinstituten*, S. 3, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Anlage/dl_marktuntersuchung_mystery_shopping_restschuldversicherungen.pdf;jsessionid=1B84F2A3BD414B2E453F5B5D49012D75.internet992?__blob=publicationFile&v=3

30 Seit 2022 sind die Provisionen für den Verkauf von Restschuldversicherungen zwar bei 2,5 Prozent der Darlehenssumme gedeckelt. Banken und Versicherer teilen sich die Gewinne seitdem aber anscheinend auf anderen Wegen. Siehe: Christian Kirchner, 10.10.2022, *Was wird aus dem Geschäft mit Restschuld-Versicherungen?*, Finanzszene, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://finanz-szene.de/banking/was-wird-aus-dem-lukrativen-geschaeft-mit-den-restschuld-versicherungen/

31 Zumindest bis zur Einführung der Wartefrist wurde die Versicherungsprämie häufig als Einmalbetrag auf die Kreditsumme draufgeschlagen. Im von den Verbraucherzentralen publik gemachten obigen Beispiel der Santander Bank (Kredit von 18.000 Euro für 8 Jahre) stieg der effektive Jahreszins dadurch von 8,49 Prozent auf 16,89 Prozent. Wie die Finanzierung der Versicherungsprämie seit Einführung der Wartefrist gehandhabt wird, ist den Verbraucherzentralen bisher nicht bekannt. Siehe: Verbraucherzentrale Bundesverband, *Restschuldversicherungen sind teuer und leisten nur wenig*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/restschuldversicherungen-sind-teuer-und-leisten-nur-wenig-32448

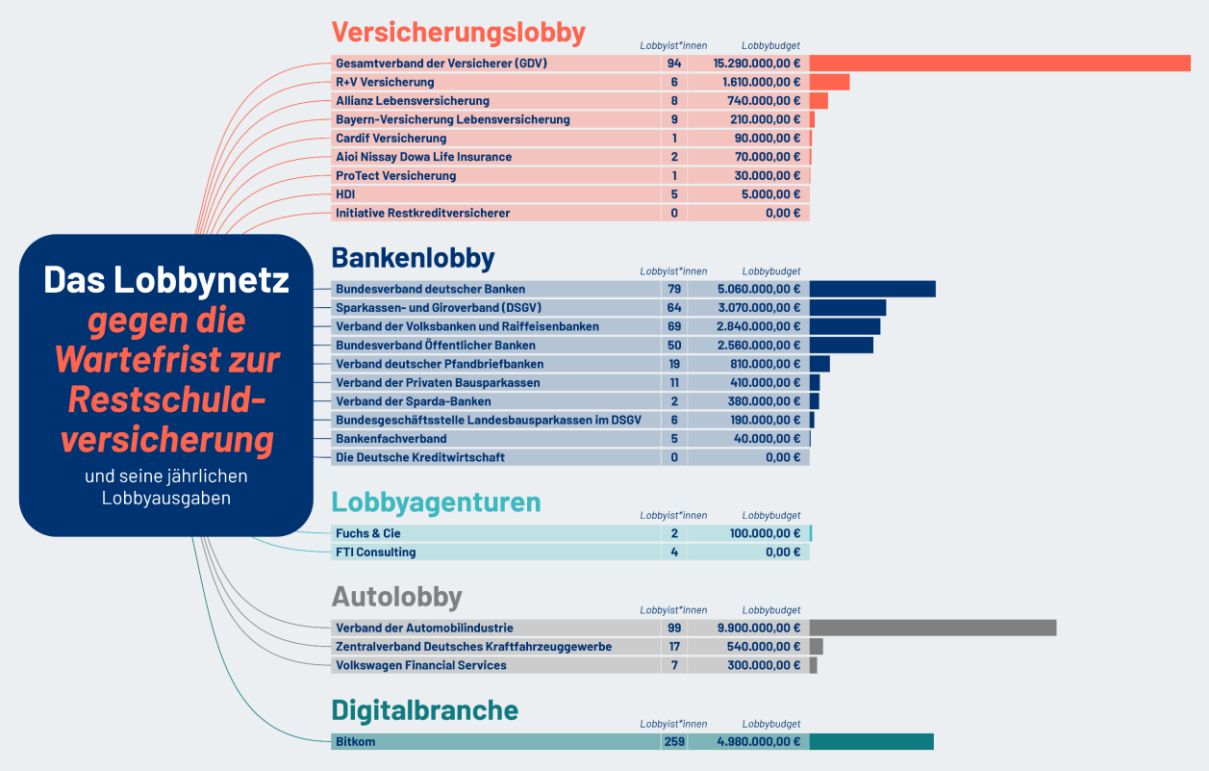
32 Es gibt sogar Anekdoten von Autohändler*innen, die mehr an den Versicherungen als an den verkauften Autos verdient haben sollen. Siehe: Hermann-Josef Tenhagen, 01.11.2025, *Warum die Banker eine Lizenz zum Abzocken zurückhaben wollen*, Spiegel, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/restschuldversicherung-warum-die-banker-eine-lizenz-zum-abzocken-zurueckhaben-wollen-a-9bd1a6f8-f1d8-470d-98a4-b1c2b4b3b9cb

„Diese Regelung kann zu einer deutlichen Reduktion der Nachfrage nach RKV-Produkten führen und somit zu einer spürbaren Verminderung der Beitragseinnahmen im KreditSchutz [sic], die momentan einen Großteil der gesamten Beitragseinnahmen ausmachen."

Versicherungsunternehmen ProTect über die Wartefrist bei Restschuldversicherungen (hier Restkreditversicherung genannt, kurz RKV)[33]

25 zu 3: Übermacht der Profitlobby

Insgesamt lobbyieren laut Lobbyregister 25 Konzerne, Verbände und Agenturen dafür, die Wartefrist bei der Restschuldversicherung zu kippen.[34] Darunter: Versicherungskonzerne wie Allianz, R+V, HDI und die zur Sparkassengruppe gehörende ProTect, die Finanzsparte des Volkswagen-Konzerns sowie mächtige Branchenverbände wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), die großen Bankenverbände und der Verband der Automobilindustrie (VDA).



33 ProTect, 2025, *Protect Versicherung AG Geschäftsbericht 2024*, S. 27, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/d4/63/607600/GB2024_PTV.pdf

34 Alle hier erwähnten Akteur*innen nennen die Abschaffung der Wartefrist im Lobbyregister als Anliegen beziehungsweise fordern sie in hochgeladenen Stellungnahmen. Sie lassen sich über die Suchfunktion leicht finden, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister

Für noch mehr politische Schlagkraft werden zudem Lobbyagenturen beauftragt, Lobbyist*innen zum Mieten sozusagen: FTI Consulting (engagiert von HDI) sowie Fuchs & Cie (engagiert vom Verband der Sparda-Banken und der Initiative Restkreditversicherer, einem Zusammenschluss von vier Versicherern, die Restschuldversicherungen vertreiben). Solche Agenturen beschäftigen oft ehemalige Politiker*innen und sind dank ihrer Netzwerke und intimen Kenntnisse des Politikbetriebs besonders gut aufgestellt, um Türen zu öffnen und Informationen einzuholen. So setzt FTI Consulting für HDI zum Beispiel Reinhard Grindel ein, CDU-ler und Ex-Präsident des Deutschen Fußball-Bundes.[35] Sicher eine hilfreiche Personalie, wenn es darum geht, bei der CDU-geführten Bundesregierung für die Finanzlobby Gehör zu finden.

Dieser massiven Profitlobby stehen laut Lobbyregister nur drei Stimmen der Zivilgesellschaft gegenüber, die sich für den Erhalt der Wartefrist beim Verkauf von Restschuldversicherungen einsetzen: der Bundesverband der Verbraucherzentralen, die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und die Bürgerbewegung Finanzwende. 25 zu 3 – ein deutliches Ungleichgewicht.

„Die gesetzliche Wartefrist ermöglicht es Verbraucher:innen, sich freiwillig und ohne Druck nach dem Verkaufsgespräch für oder gegen eine Restschuldversicherung zu entscheiden. Die gesetzliche Wartefrist muss im Interesse von Verbraucher:innen beibehalten werden."

Verbraucherzentrale Bundesverband[36]

Verstoß gegen EU-Recht?

2025 versuchte die Profitlobby, die Wartefrist bei der Restschuldversicherung mithilfe eines anderen Gesetzes zu kippen: der EU-Verbraucherkreditrichtlinie. Laut der Richtlinie müsse ein zeitgleicher Abschluss von Kreditvertrag und Restschuldversicherung möglich sein, behauptete die Lobby. Die Wartefrist sei demnach eindeutig europarechtswidrig und sollte im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie aus dem deutschen Versicherungsvertragsgesetz gestrichen werden. „Durch Verzicht auf die einwöchige Wartefrist kann der EU-rechtlich geforderte Zustand wiederhergestellt werden", so der GDV und Teile der Autolobby gleichlautend in Lobbypapieren, die sie

---

35 Siehe den Lobbyregister Eintrag von FTI Consulting SC GmbH, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002341

36 Verbraucherzentrale Bundesverband, *Restschuldversicherungen sind teuer und leisten nur wenig*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/restschuldversicherungen-sind-teuer-und-leisten-nur-wenig-32448

im Sommer 2025 an Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete schickten.[37]

Das Problem der Argumentation: Die Wartefrist ist gar nicht so eindeutig europarechtswidrig, wie hier suggeriert wird. Die EU-Kommission, die Bundesregierung und andere halten sie für sehr wohl vereinbar mit der Verbraucherkreditrichtlinie.[38] Beim Bundesverfassungsgericht sind 22 Unternehmen der Versicherungswirtschaft mit einer Beschwerde jedenfalls erst einmal abgeblitzt.[39] Das Streuen von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit einer Regulierung ist aber eine verbreite Lobbystrategie, um Entscheidungen hinauszuzögern und zu diskreditieren.

Panikmache um die Schutzlücke

Das Lobbyregister macht auch andere, bisweilen irreführende Argumente der Lobby sichtbar. Besonders verbreitet: eine angebliche Schutzlücke, welche durch die einwöchige Wartefrist zwischen Abschluss eines Darlehens und einer Restschuldversicherung entstehe. Mantraartig betonen Banken und Versicherer, „dass es bereits in der ersten Woche nach Abschluss des Darlehensvertrages durchaus zu einer signifikanten Anzahl von Versicherungsfällen kommt". Durch die Wartefrist entstehe „eine substanzielle Schutzlücke gerade dann, wenn die Restschuld des Darlehens noch 100 % beträgt und das finanzielle Risiko für die Verbraucher am höchsten ist", behaupten – wortgleich – der GDV und der Banken-Lobbyzusammenschluss Deutsche Kreditwirtschaft.[40] Die Konsequenz: „Schwere finanzielle Folgen für Verbraucher und mehr Privatinsolvenzen", so die drastische Warnung des Versicherungskonzerns HDI.[41]

Was die Finanzlobby hier verschweigt: Die Restschuldversicherung schützt oft gar nicht ab dem Moment, in dem sie abgeschlossen wird. So gilt im Falle von Arbeitslosig- und Berufsunfähigkeit in der Regel eine Wartezeit von beispielsweise drei Monaten, in denen gar keine Ansprüche geltend gemacht werden können. Anfangs zahlt die Restschuldversicherung in diesen

---

37 GDV, 2025, *Wartefrist für Restkreditversicherungen*, S. 2, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/3c/18/576402/Stellungnahme-Gutachten-SG2507030015.pdf; Verband der Automobilindustrie und Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, 17.07.2025, *Gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge (VerbKrRL-UmsG)*, S. 5, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/b6/fd/603205/Stellungnahme-Gutachten-SG2508150008.pdf, Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

38 Siehe zum Beispiel die Aussagen von Johannes Müller und Dr. Achim Tiffe in der Anhörungen des Finanzausschusses: Deutscher Bundestag, 03.11.2025, *Anhörung zu Verbraucherkreditverträgen*, Min 26:13 und 1:09:06, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundestag.de/ausschuesse/recht-verbraucherschutz/sitzungen/1114000-1114000

39 Bundesverfassungsgericht, 29.01.2025, *Pressemitteilung. Unzulässige Verfassungsbeschwerde gegen Abkühlungsphase beim Abschluss von Restschuldversicherungen zu Allgemein-Verbraucherdarlehen*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/bvg25-010.html?nn=148438

40 Die Deutsche Kreditwirtschaft, 30.09.2025, *Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge der Bundesregierung*, S. 13, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/c9/c6/626309/Stellungnahme-Gutachten-SG2510070001.pdf; GDV, 29.09.2025, *Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge*, S. 9-10, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/61/77/627823/Stellungnahme-Gutachten-SG2510100018.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2015.

41 HDI, Juli 2025, *Positionspapier. Restschuldversicherung. Eine europarechtskonforme Lösung für umfassenden Versicherungs- und Verbraucherschutz*, S. 2, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/83/28/623242/Stellungnahme-Gutachten-SG2509300145.pdf

Schadensfällen also sowieso nicht. Zudem gibt es viele weitere Ausschlüsse in den Verträgen, die verhindern, dass die Versicherung einspringt – zum Beispiel bei Tod infolge einer Suchterkrankung.[42] Banken und Versicherer warnen aber vor Privatinsolvenzen beziehungsweise einer „Schwächung der Überschuldungsprävention" (Zitat Bankenfachverband[43]) als Folge der einwöchigen Wartefrist und blasen die angeblich entstehende Schutzlücke zu einem massiven Problem auf. Das ist Panikmache und grenzt an Manipulation.

Bundesrat und Unionsabgeordnete auf Seiten der Lobby

Haben die Lobby-Erzählungen verfangen? Ja und nein. Zwar hatten sich sowohl der Bundesrat[44] als auch einzelne Bundestagsabgeordnete der Union[45] die Position der Finanzlobby im Gesetzgebungsprozess in Teilen zu eigen gemacht. Allerdings zeichnete sich zum Redaktionsschluss im Dezember 2025 nicht ab, dass der Bundestag die Wartefrist bei Restschuldpolicen kippt. Der Finanzlobby ist es also zumindest bis jetzt nicht gelungen, das Rad wieder zurückzudrehen. Dass ihre Lobbyoffensive – auch durch das Lobbyregister – publik wurde und die bisweilen hanebüchenen Argumente von der Zivilgesellschaft gekontert und von Medien kritisch hinterfragt werden konnten, dürfte mit dazu beitragen haben.

---

42 Siehe beispielhaft zu Warte- und Karenzzeiten sowie anderen Ausschlüssen: Josefine Lietzau, 14.01.2025, *Teuer und oft überflüssig*, Finanztip, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.finanztip.de/kredit/restschuldversicherung/

43 Bankenfachverband, 14.10.2025, *Positionspapier zum Vertragsabschlussverbot bei Restschuldversicherungen*, S. 2, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://ssl.bfach.de/media/file/64186.25-10-14_BFACH-Positionspapier_Umsetzung_VKRL-2023_RSV-Abschlussverbot.pdf

44 Die Forderung des Bundesrats, die Wartefrist aufzuweichen („den Verbrauchern – sofern sie dies ausdrücklich erklären – die Möglichkeit einzuräumen, von der in § 7a VVG vorgesehenen Wartefrist von sieben Tagen abzuweichen") deckt sich mit der Forderung der Deutschen Kreditwirtschaft, die Wartefrist entweder ganz zu streichen oder so aufzuweichen, „dass dem Verbraucher der Abschluss einer Restschuldversicherung auf seinen Wunsch ohne Einhaltung einer Cooling-off Periode... möglich sein muss". Siehe: Bundesrat, 17.10.2025, *Stellungnahme des Bundesrates Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge*, S. 14, https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2025/0401-0500/434-25(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1; Die Deutsche Kreditwirtschaft, 30.09.2025, *Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge der Bundesregierung*, S. 2, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/c9/c6/626309/Stellungnahme-Gutachten-SG2510070001.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

45 In der Bundestags-Debatte zum Umsetzungsgesetz zur EU-Verbraucherkreditlinie am 9. Oktober 2025 erklärte beispielsweise der CDU-Abgeordnete Sebastian Steineke, dass ihn „zahlreiche Hinweise und Bedenken zu einzelnen Punkten" erreichten, über die man im parlamentarischen Verfahren sprechen müsse, darunter „die europarechtlichen Fragen beim Thema Restschuldversicherung und die Cooling-Off-Phase". Siehe: Deutscher Bundestag, 2025, *Stenografischer Bericht der 31. Sitzung am 9. Oktober 2025*, Plenarprotokoll 21/31, S. 3330, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://dserver.bundestag.de/btp/21/21031.pdf

3.2. EU-Omnibus: Angriff auf die Lieferkettenrichtlinie

Ende Februar 2025 schlug die Europäische Kommission das so genannte „Omnibus I Paket" vor,[46] das bestehende EU-Regeln zur Unternehmensverantwortung massiv beschneidet. Darunter: die EU-Lieferkettenrichtlinie, die Unternehmen zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt in globalen Wertschöpfungsketten verpflichtet. Durch den Omnibus wird sie zu einem zahnlosen Papiertiger degradiert.[47] Entsprechend heftig wurde das Vorhaben aus Teilen der Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kritisiert - als „beispiellose Deregulierungswelle auf Kosten von Menschenrechten und Klimaschutz".[48]

„Wir sind alarmiert über die derzeitige Ausrichtung des EU-Omnibus-Prozesses... Nachhaltigkeit ist keine regulatorische Belastung, sondern ein strategischer Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit, Widerstandsfähigkeit und Innovationskraft Europas stärkt. Ein Aushöhlen des Nachhaltigkeitsrahmens der EU gefährdet die Voraussetzungen für den Erfolg europäischer Unternehmen."

Stellungnahme von 260 Wirtschaftswissenschaftler*innen aus ganz Europa[49]

Schnell wurde publik, dass Teile der Wirtschaftslobby beim Omnibus-Entwurf der EU-Kommission ihre Finger im Spiel gehabt hatten. Die Wunschzettel großer Unternehmensverbände wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem französischen Arbeitgeberverband MEDEF und der italienischen Confindustria waren unter dem Deckmantel von Vereinfachung und Bürokratieabbau quasi direkt übernommen worden.[50] Kein Wunder: Die EU-Kommission hatte sie bevorzugt eingebunden und zur Vorbereitung des Omnibus fast nur Wirtschaftslobbyist*innen

---

46 Europäische Kommission, 26.02.2025, *Omnibus I package - Commission simplifies rules on sustainability and EU investments, delivering over €6 billion in administrative relief*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://finance.ec.europa.eu/publications/omnibus-i-package-commission-simplifies-rules-sustainability-and-eu-investments-delivering-over-eu6_en?prefLang=de

47 Siehe für eine kritische Bewertung der Omnibus-Vorschläge zur CSDDD zum Beispiel: Initiative Lieferkettengesetz, 10.03.2025, *Das Omnibus-I-Paket der EU-Kommission: Schwerer Rückschritt für die CSDDD*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/06/Positionspapier-Omnibus.pdf

48 *EU-Lieferkettenrichtlinie schützen – Appell für eine stabile und wertebasierte Wirtschaftspolitik*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://appell-lieferkettenrichtlinie.de/. Weitere kritische Stimmen zum Omnibus, zum Beispiel von Jurist*innen, Wirtschaftswissenschaftler*innen und der Europäischen Zentralbank, sind auf den Seiten des Business & Human Rights Centre gesammelt: *EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive: 'Omnibus' updates*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/csddd-omnibus/

49 *EU Sustainability Omnibus – A Call for Evidence-Based Policy-Making (Copenhagen Declaration)*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.uni-hamburg.de/newsroom/im-fokus/2025/0909-interview-copenhagen-declaration/copenhagen-declaration-final.pdf

50 Reclaim Finance, 06.03.2025, *Analysis of Omnibus final proposal. Content and link to lobbying*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2025/03/Analysis-of-Omnibus-final-proposal_Content-and-link-to-lobbying.pdf

konsultiert.[51] Die Europäische Bürgerbeauftragte hat diese einseitigen Konsultationen zwar später als schlechte Verwaltungspraxis verurteilt.[52] Doch Umweltschutz und Menschenrechte hatten in diesem Prozess nie wirklich eine Chance.

Und die Finanzlobby? Sie hatte in der Vergangenheit wie kaum eine andere gegen die EU-Lieferkettenrichtlinie mobil gemacht. Aufgrund des massiven Lobbydrucks von BlackRock und anderen wurden Banken, Versicherer und Investmentfirmen am Ende weitgehend davon ausgenommen: Sie müssen zwar ihre vorgelagerte Lieferkette prüfen (zum Beispiel ihre Büroaustattung), aber nicht, ob ihre milliardenschweren Finanzierungen in ausbeuterische Projekte fließen.[53] Das Investment Company Institute – der globale Lobbyverband der Fonds- und Vermögensverwalter-Branche, der seit kurzem auch im deutschen Lobbyregister zu finden ist – verbuchte das damals recht ungeniert als eigenen Lobbyerfolg.[54]

---

51 Siehe: Client Earth und andere, 18.04.2025, *Complaint to the European Ombudsman. Maladministration of the Commission in the preparation of the 2025 proposal to amend the CSDDD as part of the Omnibus I package*, vor allem Kapitel 2.2 und 3.1, https://www.clientearth.org/media/ymfjdfkc/20250418-complaint-omnibus.pdf; Reclaim Finance, 09.10.2025, *Lobbying - How the private sector hijacked the Omnibus Directive*, https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2025/10/Lobbying-note-Reclaim-Finance.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

52 European Ombudsman, 25.11.2025, *Recommendation on the European Commission's compliance with 'Better Regulation' rules and other procedural requirements in preparing legislative proposals that it considered to be urgent (983/2025/MAS - the "Omnibus" case, 2031/2024/VB - the "migration" case, and 1379/2024/MIK - the "CAP" case)*, vor allem para 71ff., zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.ombudsman.europa.eu/de/recommendation/en/215920.

53 FIAN und andere, 20.12.2023, *Bürostühle oder Landraub? Worauf Finanzinstitute jetzt achten müssen*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.fian.de/aktuelles/buerostuehle-oder-landraub-worauf-finanzinstitute-jetzt-achten-muessen/.

54 Finanzwende, März 2025, *Financial Irresponsibility. How finance escaped European supply chain legislation - and what it means for the "Omnibus"*, S. 14, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/ausnahme-fuer-den-finanzsektor

Wozu verbindliche Sorgfaltspflichten im Finanzsektor?

Banken, Versicherer und die Investment-Branche finanzieren immer wieder Unternehmen und Projekte, die zu Menschenrechtsverletzungen, Umwelt- und Klimaschäden beitragen oder sie verursachen. Zwei Beispiele:

- Die Deutsche Bank vergab zwischen 2018 und 2024 weltweit hunderte Millionen Dollar an Unternehmen, die mit dafür verantwortlich sind, dass für Rinder-, Palmöl- und andere Plantagen Wälder zerstört werden. Dabei hat Entwaldung schwerwiegenden Folgen für die globalen Klima- und Biodiversitätsziele sowie die Ernährungssicherheit der Menschen.[55]
- Im westafrikanischen Guinea vergab die ING-Bank 2016 einen Kredit für eine Bauxitmine, der Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung vorgeworfen werden, darunter die Zerstörung von Wasserressourcen und Landvertreibungen.[56]

Um die Finanzierung von Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen sicher zu vermeiden, braucht es statt freiwilliger Selbstverflichtungen verbindliche umwelt- und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor.[57]

Auch künftig keine Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor

Auch beim Omnibus gehörte die Finanzbranche 2025 wieder zu den aktivsten Lobby-Playern.[58] Bei den Vorschlägen zur vermeintlichen Vereinfachung der Lieferkettenrichtlinie ist die Handschrift der Lobby unübersehbar. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht nämlich vor, dass der Finanzsektor auch in Zukunft davon ausgenommen bleibt und diese Ausnahme nicht wie geplant überprüft wird.[59]

---

55 Deutsche Umwelthilfe, 22.10.2025, *Deutsche Bank finanziert Wald-zerstörende Unternehmen mit hunderten Millionen Dollar*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-bank-finanziert-wald-zerstoerende-unternehmen-mit-hunderten-millionen-dollar/

56 FIAN, *Zerstörerischer Bauxitabbau mit deutscher Beteiligung*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.fian.de/was-wir-machen/fallarbeit/sangaredi-guinea/

57 Weitere Beispiele und Informationen finden sich auf der Webseite Dirty Profits (https://dirtyprofits.de/) sowie in einem Literaturüberblick der Arbeitsgruppe Finanzsektor & Menschenrechte des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung (https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2025/01/Literature_Review_Financial_Sector_Due_Diligence__Adverse_Impacts_Guidance_and_Studies.pdf). Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

58 EIRIS Foundation, 02.10.2025, *The lobbying effect: How corporate influence shaped the EU's sustainability Omnibus proposal. A Social Lobby Map Analysis*, S.24-25, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://sociallobbymap.org/wp-content/uploads/2025/09/EIR03-Omnibus-Document-v2.pdf

59 Der Omnibus sieht vor, Artikel 36 Absatz 1 der CSDDD zu streichen, wonach die Kommission eigentlich bis Juli 2026 einen Bericht zur Notwendigkeit von weiteren Sorgfaltspflichten von Finanzunternehmen vorlegen sollte. Mögliche Optionen für solche Pflichten hätten im Bericht auch aufgezeigt werden sollen.

Die Streichung der Überprüfungsklausel für Finanzdienstleistungen (Artikel 36 CSDDD) hatten im Vorfeld unter anderem der Bankenlobby-Zusammenschluss Deutsche Kreditwirtschaft und der europäische Lobbyverband AFME gefordert, der Konzerne wie BlackRock, die Allianz und die Deutsche Bank zu seinen Mitgliedern zählt.[60] Befürwortet wurde die Streichung dann unter anderem von der Allianz und vom Fondsanbieter DWS.[61] Auch der Gesamtverband der Versicherer (GDV) schreibt in einer Stellungnahme vom April 2025: „Wir begrüßen die Streichung ausdrücklich."[62] Ganz anders sah das übrigens die Europäische Zentralbank (EZB). Sie hat sich explizit für die Beibehaltung der Überprüfungsklausel ausgesprochen.[63]

„Zusätzliche, auf Finanzunternehmen zugeschnittene Sorgfaltspflichten erachten wir als nicht zielführend. Das Mandat... in Art. 36 CSDDD, einen entsprechenden Bericht und ggf. einen Legislativvorschlag... vorzulegen, sollte gestrichen werden."

Die Deutsche Kreditwirtschaft forderte am 12. Februar 2025, die geplante Überprüfung der Ausnahmen für den Finanzsektor von der Lieferkettenrichtlinie zu streichen[64]

Finanzlobby-Erfolg bei EU-Kommission

Auch andernorts haben die Wünsche der Finanzlobby Einzug in den Omnibus-Vorschlag der EU-Kommission gefunden. So soll die zivilrechtliche Haftungsregel aus der Lieferkettenrichtlinie gestrichen werden, wodurch Opfer von Menschenrechtsverletzungen kaum Chancen auf Schadenersatz und Wiedergutmachung hätten. Unternehmen – darunter auch Finanzunternehmen – müssten Klimapläne zwar weiter aufstellen, aber gar nicht mehr umsetzen. Zudem soll die Sorgfaltspflicht auf Unternehmen begrenzt werden, mit denen direkte Verträge bestehen, wodurch

---

60 AFME, 22.01.2025, *AFME's recommendations for reducing burdens and enhancing competitiveness under EU sustainable finance regulation*, No. 16, S. 7, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/eb/5d/501363/Stellungnahme-Gutachten-SG2503270022.pdf; Deutsche Kreditwirtschaft, 12.02.2025, *Positionspapier. Omnibus-Initiative zur Vereinfachung der nachhaltigkeitsbezogenen Anforderungen an Unternehmen (EC Simplification Initiatives regarding ESG)*, S. 15. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/bc/d7/483112/Stellungnahme-Gutachten-SG2502190012.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

61 Allianz, Mai 2025, *Allianz Group position on the „Omnibus Simplification Package"*, S. 3, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/5d/5c/558854/Stellungnahme-Gutachten-SG2506230034.pdf; DWS, März 2025, *Recommendations for the proposed EU Omnibus Legislation*, S. 6, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/f0/bb/535149/Stellungnahme-Gutachten-SG2503060009.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

62 GDV, 08.04.2025, *Comment of the German Insurance Association (GDV) on the Omnibus simplification package for sustainability*, S. 13, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.gdv.de/resource/blob/187490/801c14f330561dee351835936bb93bfb/en-stellungnahme-omnibus-download-data.pdf

63 Europäische Zentralbank, 08.05.2025, *Opinion of the European Central Bank on proposals for amendments to corporate sustainability reporting and due diligence requirements*, Punkt 4.2, S. 14-15, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/legal/ecb.leg_con_2025_10.en.pdf

64 Deutsche Kreditwirtschaft, 12.02.2025, *Positionspapier. Omnibus-Initiative zur Vereinfachung der nachhaltigkeitsbezogenen Anforderungen an Unternehmen (EC Simplification Initiatives regarding ESG)*, S. 15-16, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/bc/d7/483112/Stellungnahme-Gutachten-SG2502190012.pdf

Risiken in der tieferen Lieferkette aus dem Blick geraten.[65] Die Liste ließe sich fortsetzen. Und: Das alles findet sich auch auf Wunschzetteln der Finanzlobby sowie anderer Wirtschaftsverbände, die vor Veröffentlichung des Omnibus an die Politik geschickt worden waren.[66]

Für den Menschenrechtsexperten Armin Paasch vom Hilfswerk Misereor war die Finanzlobby beim Omnibus „extrem erfolgreich". Banken und Co. hätten schon beim ersten Vorschlag der EU-Kommission regelrecht „abgeräumt". In der anschließenden Lobbyoffensive gegenüber den EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament konnte sich die Finanzlobby dann „entspannt zurücklehnen", so Paasch gegenüber Finanzwende.

Weitere Demontage von Sorgfaltspflichten

Und die Zivilgesellschaft? Ein großes Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften hatte lange dafür gekämpft, dass Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden können. Entsprechend lautstark haben sie gegen die Demontage der Lieferkettenrichtlinie mobil gemacht. Trotz ihrer Vielzahl konnten sich diese Stimmen aber nicht gegen die Finanz- und Wirtschaftslobby durchsetzen.

Im Gegenteil: Sowohl die EU-Mitgliedstaaten im Rat der EU als auch eine Mehrheit aus konservativen und rechtsextremen Parteien im Europaparlament haben die Lieferkettenrichtlinie sogar noch stärker ausgehöhlt, als es der Vorschlag der EU-Kommission vorsah.[67] „Die Auswirkungen werden die Betroffenen in den Lieferketten deutscher Unternehmen knallhart zu spüren bekommen," kommentierte die zivilgesellschaftliche Initiative Lieferkettengesetz die entscheidende Abstimmung im EU-Parlament im November 2025. Sie warnte davor, „dass Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Umweltzerstörung wieder zum Geschäftsmodell werden."[68] Das wäre dann auch eine Folge des Lobbyismus der Finanzbranche sowie anderer Lobbygruppen aus der Wirtschaft.

---

65 Siehe zum Beispiel: Initiative Lieferkettengesetz, 10.03.2025, *Das Omnibus-I-Paket der EU-Kommission: Schwerer Rückschritt für die CSDDD*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/06/Positionspapier-Omnibus.pdf

66 Siehe zum Beispiel: Deutsches Aktieninstitut, 23.01.2025, *Making Omnibus a Success. Detailed policy recommendations to regain Europe's competitiveness*, S. 20, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/3b/6d/450121/Stellungnahme-Gutachten-SG2501280014.pdf; AFME, 22.01.2025, *AFME's recommendations for reducing burdens and enhancing competitiveness under EU sustainable finance regulation*, No. 13, 14 und 15, S. 7, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/eb/5d/501363/Stellungnahme-Gutachten-SG2503270022.pdf; Deutsche Kreditwirtschaft, 12.02.2025, *Positionspapier. Omnibus-Initiative zur Vereinfachung der nachhaltigkeitsbezogenen Anforderungen an Unternehmen (EC Simplification Initiatives regarding ESG)*, S. 15-16. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/bc/d7/483112/Stellungnahme-Gutachten-SG2502190012.pdf. Alle zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

67 Siehe zum Beispiel: AK Europa, 02.10.2025, *Studie zur EU-Lieferkettenrichtlinie: CSDDD als Chance, Menschenrechte durchzusetzen und gleichzeitig die Wirtschaft zu stärken*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.akeuropa.eu/de/studie-zur-eu-lieferkettenrichtlinie-csddd-als-chance-menschenrechte-durchzusetzen-und-gleichzeitig

68 Initiative Lieferkettengesetz, 13.11.2025, *Europäische Brandmauer gefallen, Menschenrechtsschutz geopfert – Initiative Lieferkettengesetz verurteilt Allianz der Union mit Rechtsextremen*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://lieferkettengesetz.de/pressemitteilung/europaeische-brandmauer-gefallen-menschenrechtsschutz-geopfert-initiative-lieferkettengesetz-verurteilt-allianz-der-union-mit-rechtsextremen/

3.3. Private Equity und der Ausverkauf der Steuerberatung

Aktuell kaufen sich Private-Equity-Firmen verstärkt in den Markt für Steuerberatung ein.[69] Ihre starke Gewinnorientierung könnte aber zulasten von Verbraucher*innen gehen – zum Beispiel wenn vermeintlich unrentable Mandant*innen ausgeschlossen würden oder die Qualität der Beratung durch externen Profitdruck sinken würde.[70] Die Steuerberaterkammern warnen daher seit Jahren vor einer Entwicklung wie bei Arztpraxen, „wo zunehmend Investmentfonds und Private Equity Firmen die Zepter in die Hand nehmen."[71] Obwohl der Einstieg von Private Equity in Arztpraxen und Pflegeheimen immer wieder gravierende Folgen für Patient*innen und Beschäftigte hat,[72] ist es der Branche dort bisher gelungen, Regeln zur Begrenzung von Investoren zu verhindern.[73]

„Investoren haben nur ein Interesse an einer möglichst hohen Rendite ihres Investments, was eine unabhängige, am eigentlichen Mandanteninteresse ausgerichtete Beratung unmöglich macht."

Hartmut Schwab, Präsident der Bundessteuerberaterkammer[74]

---

69 Siehe zum Beispiel: Christoph Ruhkamp, 21.02.2025, *Private Equity kommt durch die Hintertür ins Steuerberatungsgeschäft*, Börsen-Zeitung, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.boersen-zeitung.de/meinung-analyse/private-equity-kommt-durch-die-hintertuer-ins-steuerberatungsgeschaeft

70 Siehe zum Beispiel: Ecovis, 2025, *Private Equity in der Steuerberatung*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://de.ecovis.com/private-equity-steuerberatung/

71 Bundessteuerberaterkammer, 02.05.2022, *Kongressrede von StB Dipl.-Ök. Prof. Dr. Hartmut Schwab Präsident der Bundessteuerberaterkammer zum Deutschen Steuerberaterkongress 2022*, S. 9, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bstbk.de/downloads/bstbk/presse-und-kommunikation/publikationen/allgemein/BStBK_Pub_Kongressrede_Hartmut-Schwab_2022.pdf

72 Aurora Li, Uwe Zöllner und Michael Peters, 16.05.2023, *Profite vor Patientenwohl. Private-Equity-Beteiligungen an Arztpraxen in Deutschland*, Finanzwende Recherche, https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Profite-vor-Patientenwohl_Private-Equity-Beteiligungen-an-Arztpraxen-in-Deutschland.pdf; Théo Bourgeron, Caroline Metz, Caroline und Marcus Wolf, 14.10.2021, *Finanzialisierung in der Altenpflege*, Finanzwende/ Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/2021/10/Finanzwende_BourgeronMetzWolf_2021_Private-Equity-Investoren-in-der-Pflege_20211013.pdf. Beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

73 Pia Eberhardt (2025): *Private Equity: Lobbyismus der Rendite-Elite. Akteur*innen, Strategien und Erfolge der Private-Equity-Lobby*, Finanzwende, Kapitel 4.1, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.finanzwende.de/fileadmin/user_upload/Themen/Finanzlobbyismus/Private_Equity_-_Die_Lobby_der_Rendite-Elite.pdf

74 Bundessteuerberaterkammer, 02.05.2022, *Kongressrede von StB Dipl.-Ök. Prof. Dr. Hartmut Schwab Präsident der Bundessteuerberaterkammer zum Deutschen Steuerberaterkongress 2022*, S. 9, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bstbk.de/downloads/bstbk/presse-und-kommunikation/publikationen/allgemein/BStBK_Pub_Kongressrede_Hartmut-Schwab_2022.pdf

Die Politik will dem Ausverkauf der Steuerberatung nun einen Riegel vorschieben. Laut einem Entwurf für Änderungen beim Steuerberatungsrecht von Anfang August 2025 plant das Finanzministerium eine Klarstellung beim sogenannten Fremdbesitzverbot.[75] Letzteres verbietet reinen Finanzunternehmen, Anteile an Steuerkanzleien zu besitzen. Allerdings wird das Verbot über Gesellschaften aus dem EU-Ausland umschifft – zum Beispiel, indem ein Finanzinvestor in eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Luxemburg einsteigt, die sich dann an einer deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beteiligt, die dann wiederum eine Steuerkanzlei kauft.[76] Solch ein Deal wäre nach der Klarstellung nicht mehr möglich. „Die vorgesehene Änderung käme faktisch einem Investitionsverbot durch ausländische Investoren in die Steuerberatungsbranche gleich", so der US-Private-Equity-Riese KKR Ende August 2025 in einem Brief an das Finanzministerium und das Bundeskanzleramt.[77]

Harter Lobbykampf

Der Brief ist Teil dessen, was die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Oktober einen „harten Lobbykampf" gegen den Vorstoß des Finanzministeriums nannte.[78] Das Lobbyregister gibt Einblicke, wer daran beteiligt ist.[79] Das sind einerseits Private-Equity-Giganten, die bereits auf dem deutschen Steuermarkt präsent sind, wie KKR (leistete einst Finanzierungshilfe beim Essener Steuerberaternetzwerk ETL[80]) und EQT aus Schweden (seit 2025 beteiligt an der Münchener Steuerkanzlei WTS[81]). Andererseits lobbyieren die von Private Equity finanzierten Unternehmen selbst,

---

75 Entscheidend ist die vorgeschlagene Änderung des § 55 a des Steuerberatergesetzes, wonach künftig auch Gesellschaften, die nur mittelbar an einer Steuerkanzlei beteiligt sind, alle Anforderungen erfüllen müssten, die für Steuerkanzleien gelten. Siehe: Bundesministerium der Finanzen, 07.08.2025, *Referentenentwurf: Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes*, S. 22, 36 und 99, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/21_Legislaturperiode/2025-08-07-9-Gesetz-Aenderung-StBerG/1-Referentenentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=2

76 Siehe zum Beispiel: Christoph Ruhkamp, 21.02.2025, *Private Equity kommt durch die Hintertür ins Steuerberatungsgeschäft*, Börsen-Zeitung, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.boersen-zeitung.de/meinung-analyse/private-equity-kommt-durch-die-hintertuer-ins-steuerberatungsgeschaeft

77 KKR, 28.08.2025, *Brief an Kanzleramt und Finanzministerium*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/6d/82/618807/Stellungnahme-Gutachten-SG2509250013.pdf

78 Katja Gelinsky, 28.10.2025, *Frontalangriff auf die Steuerberaterreform*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/fremdbesitzverbot-frontalangriff-auf-die-steuerberaterreform-110753242.html

79 Alle im Folgenden erwähnten Akteur*innen nennen die Streichung der vorgeschlagenen Änderung beim Fremdbesitzverbot als Anliegen beziehungsweise fordern sie in hochgeladenen Stellungnahmen. Sie lassen sich über die Suchfunktion leicht finden, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche-im-lobbyregister

80 Christoph Ruhkamp, 21.02.2025, *Private Equity kommt durch die Hintertür ins Steuerberatungsgeschäft*, Börsen-Zeitung, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.boersen-zeitung.de/meinung-analyse/private-equity-kommt-durch-die-hintertuer-ins-steuerberatungsgeschaeft

81 WTS, 30.07.2025, *WTS und EQT starten mit dem Closing ihrer strategischen Partnerschaft den gemeinsamen Aufbau eines Steuerberatungs-Champions*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://wts.com/de-de/publishing-article/20250729-closing-strategische-Partnerschaft-EQT~publishing-article?language=en

zum Beispiel der zusammengekaufte Kanzlei-Verbund Afileon (Kapitalgeberin ist die schweizerische Partners Group[82]). Als Antennen, Türöffner und für mehr politische Durchschlagkraft nutzen die Unternehmen zudem die Dienste von Lobbyagenturen.[83]

„EQT bemüht sich um… eine Streichung der im Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums vorgesehenen Änderung."

Private-Equity-Riese EQT zu Plänen, Finanzunternehmen aus dem Steuerberatermarkt auszuschließen[84]

„Herzlichen Dank für das sehr gute Gespräch"

Eine solche Lobbyagentur – Tietmeyer, Wolgast & Partner, kurz: twp – wandte sich schon im April 2025 an das Finanzministerium, vier Monate vor Veröffentlichung des Referentenentwurfs. Um notwendige Investitionen zu stemmen, nutze eine Mandantin der twp, der Kanzlei-Verbund Afileon, „ein neues Modell zur Eigenkapital-Beteiligung von Nicht-Berufsträgern" (Lobbysprech für: Die Firma gehört nicht nur den Steuerberater*innen, sondern auch einem Private-Equity-Konzern). Jetzt, so die twp, sei man „in Sorge, dass dieses Modell nun nachträglich durch den Gesetzgeber behindert oder untersagt werden könnte". Und weiter: „Über die Gelegenheit, das Modell der Afileon und seine Vorteile für alle Beteiligten einmal im BMF vorstellen zu dürfen, würden wir uns daher sehr freuen."[85] Drei Wochen später bedankte sich twp zwar beim Ministerium „für das sehr gute Gespräch gestern".[86] Von nun an wurden aber auch das Wirtschafts- und das Justizministerium sowie das Kanzleramt lobbyiert.[87] Im Finanzministerium drang man anscheinend nicht ausreichend durch.

---

82 Henning Hinze, 21.01.2025, *Wie ein Finanzinvestor die Wirtschaftsprüfer-Szene attackiert*, Manager Magazin, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.manager-magazin.de/unternehmen/steuer-beratung-afileon-wie-finanzinvestor-partners-group-eine-grosskanzlei-aufbaut-a-c07c42ef-b42c-4be0-b191-51ceed232e42

83 Die PR- und Lobby-Agentur FGS Global arbeitet seit 2025 für EQT (allerdings ohne konkreten Bezug zum Fremdbesitzverbot) und schon länger für den Investor KKR, der zugleich Mehrheitseigner der Agentur ist (Auftragsvolumen 2024: 50.000 bis 100.000 Euro). Afileon wiederum hat twp engagiert. Siehe die Lobbyregister-Einträge von FGS Global (https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002565) und twp (https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R005464), beide zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

84 Lobbyregister-Eintrag von EQT, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R007346

85 Michael Wolgast, 11.04.2025, *Email mit dem Betreff „Bitte um Gespräch"*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/40/eb/572145/Stellungnahme-Gutachten-SG2506170018.pdf

86 Michael Wolgast, 30.04.2025, *Email mit dem Betreff „Austausch zu Fremdbesitzverbot"*, https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/cf/3f/572147/Stellungnahme-Gutachten-SG2506170026.pdf

87 Im Lobbyregister lässt sich sehen, wann Stellungnahmen an welches Ministerium verschickt wurden.

Ablenkung vom wert-abschöpfenden Geschäftsmodell

Neben Emails wie denen der Agentur twp finden sich im Lobbyregister Briefe, Positionspapiere und Fachbeiträge, an denen sich die Argumente der Private-Equity-Branche nachvollziehen lassen. Da ist viel die Rede von notwendigen Investitionen in die Digitalisierung und davon, dass quasi nur Private Equity den Fortbestand kleiner und mittelständischer Steuerkanzleien im ländlichen Raum sichern könne. Worte wie „Verschuldung" und alles, was „Steuervermeidung" impliziert, werden in den Lobbypapieren dagegen tunlichst vermieden – obwohl sie häufig zum Geschäftsmodell von Private Equity gehören.[88]

„Die Kombination aus hohen Fonds-Renditen bei gleichzeitig starken Kosteneinsparungen zu Lasten der Beschäftigten, wie sie immer wieder beobachtet werden, bedeutet eine Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt zugunsten der Kapitaleigentümer."

Christoph Scheuplein, Private-Equity-Experte, zum Geschäftsmodell der Branche[89]

Beides ist bekannt aus der Debatte um Finanzinvestoren in Arztpraxen. Auch da lenkt Private Equity von seinem wert-abschöpfenden Geschäftsmodell ab. Richard Bůžek von der Universität Münster spricht von einer bewussten Strategie der „Dissoziation von Wert-Extraktion".[90] Anders gesagt: Die komplexen Verschachtelungen, mit denen Private Equity Geld aus dem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem abzieht beziehungsweise dem Markt für Steuerberatung abziehen möchte, werden weitgehend unsichtbar gemacht. Immerhin: Während politische Vorstöße gegen den Einfluss von Private-Equity-Investoren in Arztpraxen und Pflegeheimen trotz ihrer gravierenden Folgen bisher kaum vorankamen, wird bei Steuerberatern endlich ernsthaft darüber diskutiert.

---

88 Siehe zum Beispiel: Christoph Scheuplein, Oktober 2020, *Wie entwickeln sich Unternehmen mit Private-Equity-Eigentümern in Deutschland?*, Hans-Böckler-Stiftung, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9137; Théo Bourgeron und andere, 2021, *Finanzialisierung in der Altenpflege*, Finanzwende/ Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/2021/10/Finanzwende_BourgeronMetzWolf_2021_Private-Equity-Investoren-in-der-Pflege_20211013.pdf; Richard Bůžek und Christoph Scheuplein, 2022, *The Global Wealth Chains of Private-Equity-Run Physician Practices*, Journal of Economic and Human Geography 113, No. 4, https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/tesg.12519. Alle zuletzt aufgerufen am 01.12.2025.

89 Christoph Scheuplein, Oktober 2020, ebd., S. 64

90 Richard Bůžek, 2025, *Dissociation of value extraction: the financialisation of solidarity-based German ambulatory healthcare*, Finance and Space 2, No. 1, S. 1-22

Rendite auf Kosten unabhängiger Beratung?

Die wichtigsten Gegenstimmen zu Private Equity sind in Punkto Fremdbesitzverbot Berufsverbände der Steuerberater*innen. Sehr aktiv sind der Deutsche Steuerberaterverband[91] und die Steuerberaterkammern. In einer Stellungnahme schreibt die Bundessteuerberaterkammer besorgt: „Einem Finanzinvestor, insbesondere einer Private-Equity-Gesellschaft, geht es vorrangig um eine möglichst hohe Rendite. Das Geschäftsmodell ist darauf ausgerichtet, die Beteiligung nach drei bis fünf Jahren möglichst gewinnbringend zu veräußern. Es besteht daher die Gefahr, dass die Steuerberatung nicht entsprechend den sachlichen Bedürfnissen der Mandanten erbracht wird, sondern allein im Interesse der Kapitalgeber an einer möglichst hohen Rendite."[92] Mit anderen Worten: Hohe Renditeerwartungen gefährden eine Steuerberatung im Interesse der Mandant*innen.

Zufriedene Private-Equity-Lobby

Bei Redaktionsschluss (02. Dezember 2025) lag nur der Referent*innen-Entwurf aus dem Bundesfinanzministerium zum Thema vor, aber noch kein Regierungsentwurf. Mehrere Medien hatten vom „Kampf der Lobbyisten" (Handelsblatt[93]) beim Fremdbesitzverbot berichtet sowie über entsprechenden Dissens in der Regierungskoalition. Demnach hatten sich das Wirtschafts- und das Justizministerium auf die Seite der Investorenlobby geschlagen und das Kanzleramt eine Entscheidung mehrfach vertagt. Die Klarstellungen beim Fremdbesitzverbot seien „vorerst vom Tisch", berichtete die Nachrichtenseite Juve im November und fand das „eine bemerkenswerte Kehrtwende" infolge einer „erfolgreichen Intervention von Investoren".[94]

---

91 Siehe zum Beispiel diese schon ältere und inhaltlich nur verwandte, dafür aber umfassende Stellungnahme zum Thema Fremdbesitzverbot: Deutscher Steuerberaterverband, 04.12.2023, *Erhebung Ihres Hauses zu den bestehenden Regelungen zum Fremdbesitzverbot im Berufsrecht der Rechtsanwälte und Patentanwälte*, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachinformationen/Umfrage_Fremdbesitzverbot_Stellungnahme_DStV.pdf?__blob=publicationFile&v=3

92 Bundessteuerberaterkammer, 18.09.2025, *Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes*, S. 9, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bstbk.de/downloads/bstbk/presse-und-kommunikation/stellungnahmen/BStBK_2025-25_2025-09-18_Stellungnahme_BMF-RefE_9._StBAEndG.pdf

93 Bert Fröndhoff, Laura de la Motte und Julian Olk, 05.11.2025, *Ministerien streiten über Übernahmen durch Private Equity*, Handelsblatt, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/steuerberater-ministerien-streiten-ueber-uebernahmen-durch-private-equity/100168866.html

94 Martin Ströder, 19.11.2025, *Steuerberatergesetz: Strengeres Fremdbesitzverbot vorerst vom Tisch*, JUVE Steuermarkt, zuletzt aufgerufen am 01.02.2025. https://www.juve-steuermarkt.de/branche/strengeres-fremdbesitzverbot-vorerst-vom-tisch/

Private Equity muss das gefallen haben. „Wir sehen der aktuellen Entscheidungsfindung gelassen entgegen, da wir davon ausgehen, dass sich der jetzige Referentenentwurf weiter in unsere Richtung verändert", verriet der Chef des Kanzlei-Verbunds Afileon im November 2025 dem Handelsblatt. Und weiter: „Das final verabschiedete Gesetz wird entweder die Änderungen zum Fremdbesitzverbot nicht mehr beinhalten oder sich zumindest deutlich vom Referentenentwurf unterscheiden."

Wenn das mal nicht nach erfolgreichem Lobbyismus klingt.

4. FAZIT: MEHR LOBBYTRANSPARENZ WAGEN

Jahr für Jahr gehört die Finanzlobby im Lobbyregister zu den am stärksten aufgestellten Branchen. Dank ihrer enormen finanziellen und personellen Ressourcen können Banken, Versicherer und die Fondsindustrie hunderte politische Initiativen beeinflussen. Sie können die Politik mit Papieren fluten. Und sich mit Seitenwechsler*innen Insiderwissen und wertvolle Kontakte dahin erkaufen, wo Gesetze vorbereitet und beraten werden.

Wenn dann Gesetze zum Schutz von Verbraucher*innen und der Umwelt drohen, die Gewinne der Branche zu schmälern? Dann werden nicht etwa die Produkte verbessert. Nein, dann nutzt die Finanzlobby ihre gesamte Power, um die Regeln den eigenen Wünschen anzupassen. Nicht immer ist sie erfolgreich (Stichwort: Restschuldversicherung), aber wenn, dann sind die Folgen für Mensch und Natur bisweilen gravierend (Stichwort: EU-Lieferkettenrichtlinie).

Und hier kommt das Lobbyregister ins Spiel. Es macht sichtbar, was vorher für die meisten von uns verborgen war: Interessen, Ressourcen, Verflechtungen und Argumente der Finanzlobby. Diese können so nachvollzogen und bei Bedarf entkräftet werden (wie bei der angeblich dramatischen Schutzlücke bei der Restschuldversicherung). Nebenbei funktioniert das Register wie ein Frühwarn-System – weil Lobbyanliegen zeitnah registriert und alles inhaltlich Substantielle, was an Bundestag und Bundesregierung herangetragen wird, dort hochgeladen werden muss (wie die Emails einer Lobbyagentur zum Thema Fremdbesitzverbot in der Steuerberatung – Monate bevor die Verbändeanhörung zum Thema losging).

Durch diesen einzigartigen öffentlichen „Datenpool, der Informationen über lobbyistische Aktivitäten... in bisher unbekanntem Ausmaß enthält" (Politikwissenschaftler Thomas von Winter[95]), wird verdeckte Einflussnahme erschwert und demokratische Kontrolle gestärkt. Im besten Falle trägt das Lobbyregister so dazu bei, „einer einseitigen Vereinnahmung der Politik durch einflussreiche und besonders finanzstarke Interessenvertretungen vorzubeugen", so die zuständige Stelle im Bundestag.[96] Auch wenn Transparenz allein natürlich nicht die Ungleichgewichte in der Interessenvertretung beseitigt.

---

95 Thomas von Winter, 2024, *Lobbyismus in der deutschen Politik*, S. 312.

96 Deutscher Bundestag, 24.03.2025, Bericht der registerführenden Stelle nach § 9 Absatz 1 des Lobbyregistergesetzes über die Führung des Registers im Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024, Drucksache 20/15100, S. 5, zuletzt aufgerufen am 01.12.2025. https://www.bundestag.de/resource/blob/1059060/71f164571b1143b026de154ba147a535/Bericht-der-registerfuehrenden-Stelle-nach-9-Abs-1-LobbyRG.pdf

Ist damit alles roger bei der Lobbytransparenz? Nicht ganz. So erfüllt der von der Ampel-Regierung eingeführte exekutive Fußabdruck, der den Einfluss von Interessenvertretung auf Gesetzgebung dokumentieren soll, seine Aufgabe bisher nicht. [97]

Und das Lobbyregister kann noch besser werden, zum Beispiel indem das Bußgeld für Verletzungen der Registrierpflicht auf ein Niveau angehoben wird, das wirklich abschreckt. Außerdem gibt es in Deutschland, anders als auf EU-Ebene, keine Offenlegungspflicht für Lobbytreffen. Dabei wären auch diese Informationen ein wichtiges Korrektiv gegen unausgewogene Beteiligung. Lobbytermine von Minister*innen und der Leitungsebene der Bundesministerien sollten daher veröffentlichungspflichtig werden.

Schließlich ist Sonnenlicht das beste Desinfektionsmittel.

---

[97] Siehe zum Beispiel diese Auswertung vom 10. Dezember 2025: Lobbycontrol, Lobby-Fußabdruck in Gesetzen: Was unsichtbar bleibt, zuletzt aufgerufen am 18.12.2025. https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/lobby-fussabdruck-in-gesetzen-was-unsichtbar-bleibt-123505/

5. ANHANG: ZUM UMGANG MIT DEN DATEN IM LOBBYREGISTER

Jährliche Lobbyausgaben: Im Register werden die finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung in Spannen von 10.000 Euro angegeben, also zum Beispiel: 10.001 bis 20.000 Euro. Die Lobbybudgets in der vorliegenden Analyse entsprechen jeweils dem abgerundeten Mindestwert. Im Beispiel wären das 10.000 Euro. Nur im Falle von Lobbybudgets von 1 bis 10.000 Euro (beispielsweise bei einzelnen Tochterunternehmen der Allianz) der gerundete Mittelwert genommen (5.000 Euro). Die Budgets, die 2025 im Register angegeben wurden, beziehen sich übrigens auf das letzte abgelaufene Geschäftsjahr, in der überwiegenden Zahl der Fälle ist es das Kalenderjahr 2024.

Wer zählt zur Finanzlobby?: Das sind einerseits Unternehmen, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt werden, darunter Banken, private Versicherungsunternehmen (nicht aber gesetzliche Kassen wie die AOK), die Fondsbranche sowie diverse andere Finanzdienstleister. Natürlich sind auch die Verbände, in denen diese Unternehmen organisiert sind, Teil der Finanzlobby – zum Beispiel der Bankenverband, der Gesamtverband der Versicherer und der Fondsverband BVI. Punktuell können je nach Interessenlage auch andere Unternehmen dazugezählt werden, zum Beispiel Lobbyagenturen und Kanzleien, die für die Finanzlobby arbeiten, sowie die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Letztere sind eng mit der Finanzbranche verflochten und haben in verschiedenen Finanzskandalen eine große Rolle gespielt.

Pia Eberhardt ist Politikwissenschaftlerin. Als freie Autorin recherchiert und schreibt sie zu Themen rund um Lobbyismus und Konzernmacht.

info@pia-eberhardt.de

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

Motzstraße 32, 10777 Berlin
Telefon: 030 208 370 80

Allgemeine Anfragen: **info@finanzwende.de**

V.i.S.d.P.: Daniel Mittler

finanzwende.de

instagram.com/finanzwende

linkedin.com/company/finanzwende

bsky.app/profile/finanzwende.de

youtube.com/BürgerbewegungFinanzwende

Redaktionsschluss: 02. Dezember 2025.
Alle Inhalte entsprechen dem Stand dieses Datums.

© 2026 Bürgerbewegung Finanzwende e. V.